

Jiménez wurde vom spanischen Polizeichef Anfang Dezember verboten, einen Vortrag zum Thema „Die Kirche und die Versöhnung der Spanier“ zu halten.

Die *Versöhnung zwischen Siegern und Besiegten des Spanischen Bürgerkriegs* soll auch in einem Dokument der Bischofskonferenz behandelt werden, das in Vorbereitung ist und bei der nächsten Vollversammlung im März verabschiedet werden soll.

Daß die Kirche in zunehmendem Maße ihre geistige Unabhängigkeit unter Beweis stellt, führte zwangsläufig zu Konfliktsituationen mit dem autoritär verfaßten spanischen Staat. Diese Spannung auszuhalten, bemühen sich beide Seiten nicht zuletzt aus machtpolitischen Erwägungen. In seiner traditionellen *Neujahrsbotschaft* an alle Spanier erwähnte der Caudillo in diesem Jahr entgegen seiner sonstigen Gewohnheit die Kirche mit keinem Wort. Der Staatschef ging auch nicht auf das Verhältnis zum Vatikan ein. Auf die inzwischen „chronischen Meinungsverschiedenheiten“ zwischen Kirche und Staat in Spanien wies dagegen die Madrider Zeitung „Ya“ in ihrer Silvesterausgabe um so deutlicher hin: Geldstrafen für Geistliche, vakante Bischofssitze (zur Zeit sieben), die wirtschaftliche Notlage der vom Staat (schlecht) bezahlten Priester, die einseitigen Entscheidungen des Staates in

den Bereichen Erziehung und Massenmedien, fehlende Bürgerrechte. Das mit Spannung erwartete „Versöhnungspapier“ der spanischen Bischöfe wird dem Regime vor Augen führen, daß die Kirche auch 1975 nicht bereit ist, sich in die Sakristei zurückzuziehen.

Appell zur Einmütigkeit

Die Kirche selbst wird sich in den nächsten Jahren verstärkt mit einer Zeiterscheinung auseinandersetzen, die in anderen Ländern der westlichen Welt längst in das kirchliche Leben eingedrungen ist: der Säkularisierung. Eine im Oktober veröffentlichte Umfrage des offiziellen Instituts für öffentliche Meinung in Madrid, wonach 55 Prozent der Spanier die *Einführung der Ehescheidung* „in gerechtfertigten Fällen“ befürworteten, rief schockähnliche Reaktionen in der spanischen Öffentlichkeit hervor. Zusätzlich halten der Umfrage zufolge sechs Prozent die Ehescheidung „in einer modernen Gesellschaft für selbstverständlich“. Auf harte, wenn auch indirekt geäußerte Kritik stieß zwei Wochen später eine Stellungnahme Kardinal Tarancóns in der Barceloneser Tageszeitung „La Vanguardia Española“. Der Kardinal zweifelte zunächst die Methoden der Umfrage an und fügte hinzu: „Ein wirklicher Christ muß die Unauflös-

lichkeit des Ehesakraments akzeptieren, aber er muß nicht notwendigerweise akzeptieren, daß das bürgerliche Recht dies auch vertritt“ (La Vanguardia Española, vom 13. 11.).

Die katholische Nachrichten-Agentur Europa Press (14. 11. 74) zitierte die Stellungnahme des Kardinals aus der „La Vanguardia“ und setzte in Klammern eine Anmerkung der Redaktion hinzu: „Gemäß der Lehre der Kirche sind die Katholiken verpflichtet, die Unauflöslichkeit der Ehe zu verteidigen und sich einem Scheidungsgesetz zu widersetzen, auch als Bürger...“ Vor dem katholischen Elternverband Spaniens sagte der Bischof von Vitoria, *Peralta*, in einer indirekten Erwiderung auf die Äußerung Tarancóns, die Unauflöslichkeit der Ehe gehöre zur Natur der Ehe selbst, „wie sie der Schöpfer bestimmt hat“. An dieser Frage haben sich also bereits im Frühstadium der Diskussion die Geister geschieden. Wenn der Präsident der Bischofskonferenz Bischöfe und Priester zur Einmütigkeit aufruft (Eröffnungsansprache vor der Bischofskonferenz am 27. 11. 74), dann ist das als Vermittlungsversuch zwischen bestehenden unterschiedlichen Auffassungen vor allem im spanischen Klerus zu werten, der vor tieferen Trennungen oder gar Spaltungen bewahrt werden soll.

G. B.

Gesellschaftliche Entwicklungen

Die Krise nach der Energiekrise

Entwicklungshilfe unter veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen

Denkt man an die vieldiskutierte „Erdöl- und Energiekrise“, an die inflationäre Entwicklung und an die steigenden Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlen allein in der Bundesrepublik, so hält man es schon für normal, daß sich hinsichtlich der Entwicklungshilfe-Leistungen ebenfalls

etwas geändert hat. Gerade zu einem Zeitpunkt, da sich offensichtliche Erfolge der Öffentlichkeitsarbeit zugunsten der Entwicklungshilfe in größerem Maße abzeichneten, brachten interne Regierungsstreitigkeiten über Höhe und Schwerpunkte der Hilfe (mit dem Rücktritt von Minister

Erhard Eppler und der Nachfolge durch Minister Egon Bahr) und Sensationsberichte über westliche Industrie aufkaufende Erdölländer anscheinend eine erneute Wende. Zwar liegt keine demoskopische Untersuchung aus den letzten Monaten vor, doch dürfte eine im Frühjahr 1974 von der Evangelischen Akademie Arnoldshain und dem Publizistischen Sachverständigenrat des Kirchlichen Entwicklungsdienstes der Evangelischen Kirche beim Institut für angewandte Sozialwissenschaft (infas) in Bonn-Bad Godesberg in Auftrag gegebene Repräsentativumfrage über „Energiekrise und entwicklungspolitisches Bewußtsein“ auch heute noch, zumindest was den Trend betrifft, Gültigkeit haben (vgl. epd-Dokumentation Nr. 28/74, 10. 6. 1974).

Nach der Energiekrise

Monetäre Aspekte, und zwar zunächst im Blick auf die eigenwirtschaftliche Lage und dann im Blick auf den Staatshaushalt, standen bei der Frage nach registrierten Auswirkungen eindeutig an der Spitze. In einer den Befragten vorgelegten Vorschlagsliste, welches ihrer Meinung nach die wirksamste und beste „Waffe“ im Kampf gegen eine erneute Energiekrise sei, ergaben sich 80% befürwortende Stimmen für eine Kontrolle der Ölpreisbildung, 53% für eine Einschränkung des persönlichen Energieverbrauchs und 52% für eine Reglementierung der Entwicklungshilfe (sowie 40% für Verstaatlichung der Mineralölgesellschaften und 32% für Pressionen gegenüber den Ölförderländern). Mit zunehmendem Alter der Befragten fand der Vorschlag Unterstützung, die Bundesregierung sollte künftig ihre Entwicklungshilfe auf solche Länder beschränken, die uns Erdöl oder andere Rohstoffe liefern. In dem Bericht über die Umfrage heißt es dazu: „Hier manifestieren sich generelle Einstellungs-differenzen zur Entwicklungshilfe, die aus früheren Untersuchungen bekannt sind. Junge Leute sind vergleichsweise aufgeschlossen, haben weniger Vorurteile zu überwinden und möglicherweise sind sie auch etwas besser informiert. Denn daß Aversionen gegenüber der Entwicklungspolitik oftmals nur auf Informationsdefizite zurückzuführen sind, bestätigt sich abermals in der vorliegenden Untersuchung.“

Eine weitere wichtige Schlußfolgerung des Berichts bezieht sich auf die Verknüpfung der Bereitschaft zum persönlichen Verzicht auf Energieverbrauch mit der in den letzten Jahren in den Vordergrund der Diskussion getretenen Umweltschutzproblematik. Gut die Hälfte aller Bundesbürger will demnach einen freiwilligen Beitrag zur Reduzierung der Energie- und Umweltprobleme leisten: „Diese Bereitschaft sinkt, wenn nicht mehr die Qualität der eigenen Umwelt zur Diskussion steht, sondern den Entwicklungsländern geholfen werden soll. Um 10 Punkte, nämlich auf 42%, sinkt die Quote derer ab, die bereit sind, ihren privaten Verbrauch zugunsten der Entwicklungsländer einzuschränken. Tendenziell freilich wächst diese Bereitschaft,

je optimistischer man die Entwicklung des Lebensstandards in der Bundesrepublik beurteilt. Offenbar fällt ein Verzicht für andere leichter, wenn die eigenen materiellen Grundlagen gut gesichert sind.“

Rückgang der staatlichen Leistungen

Eine Übertragung dieses Ergebnisses auf die effektiven Veränderungen in der Entwicklungshilfe läßt sich aber nach den vorliegenden Daten nicht ohne weiteres ablesen. Statt dessen zeichnen sich drei auseinanderlaufende Tendenzen ab: die öffentliche, staatliche Hilfe für Entwicklungsländer stagniert in der Mehrzahl bzw. ist sogar rückläufig, die Leistungen der privaten Wirtschaft an die Entwicklungsländer sind zurückgegangen, während die Spendeneingänge bei den privaten, kirchlichen Organisationen bisher weiter ansteigen.

Die für das Jahr 1973 vorliegenden Daten über die gesamten Leistungen der im Ausschuß für Entwicklungshilfe (DAC) bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zusammengeschlossenen 17 Mitglieder verdeutlichen die Stagnation. Wenn auch Inflation und weltweite Währungszerüttung es immer schwieriger machen, ein genaues Bild über den realen Umfang der Hilfeleistungen zu gewinnen, so deutet doch alles darauf hin, daß 1973 bereits als „das Ende einer Periode“ (NZZ, 13. 7. 74) angesehen werden kann, das nicht zuletzt durch die Kapitalumschichtung in Richtung erdölfördernde Länder gekennzeichnet ist. In einzelnen Überlegungen — so z. B. geäußert von Entwicklungsminister Bahr — versucht man bereits, auf diese veränderte Situation zu reagieren und in Form von Dreieckskontakten (Geld durch die Erdölproduzenten, Technologie durch die Bundesrepublik, Einsatz in Entwicklungsländern) die eigene Haushaltsmisere zu verringern und gleichzeitig der deutschen Wirtschaft neuen Auftrieb zu geben.

Die öffentliche Hilfe der DAC-Mitglieder stieg 1973 zwar um 9% auf 9,4 Mrd. US-\$, ging aber in Wirklichkeit real um 6% zurück. Dabei schlägt die Abwertung des Dollars mit 8% und die allgemeine Preissteigerung mit 7% zu Buche. Dadurch senkte sich auch der Anteil der öffentlichen Hilfe solle 0,7% betragen, als Richtlinie für 1972 auf 0,30% 1973 und erreichte damit den bisher tiefsten Stand. Dieser Rückgang wiegt um so schwerer, als die Entwicklungsländer durch die im Gefolge der Ölpreissteigerung aufgetretene Preisexplosion viel härter betroffen sind als die Industrienationen: einmal sind für sie die Energiekosten stark gestiegen, zum anderen versuchen die Industrienationen, ihre eigenen monetären Probleme durch Kürzung der Zuwendungen an die Entwicklungsländer wenigstens teilweise zu lösen. Rückschläge beim Kampf gegen den Hunger (vgl. HK, September 1974, 453 ff.) sind allein deshalb unvermeidlich, weil die Düngemittel oft unerschwinglich teuer geworden sind. Gleichzeitig hat sich die finanzielle Situation der meisten Entwicklungs-

länder bereits vor der Ölkrise wegen der durch eine seltene Häufung von Naturkatastrophen notwendigen Nahrungsmittelkäufe rapide verschlechtert.

Das Abrutschen der Entwicklungshilfe auf lediglich 0,3% des Bruttosozialproduktes macht zudem deutlich, wie wenig Verlaß auf wohlklingende Reden und große Versprechungen ist. Immerhin gilt seit einiger Zeit die von den UN und vom DAC formulierte Empfehlung, die öffentliche Hilfe solle 0,7% betragen, als Richtlinie für das Engagement der Industrienationen. Im Jahresbericht der Bundesregierung 1973 heißt es speziell zu den deutschen Leistungen, die hohe Qualität der deutschen Hilfe sei international anerkannt: „Demgegenüber bot die quantitative Entwicklung unserer Hilfeleistungen Anlaß zur Sorge: der Anteil der Hilfe am Sozialprodukt drohte zu stagnieren.“ Der anschließend angeführte Plan, von 1974 bis 1978 deshalb eine Leistungssteigerung von 0,31 auf 0,42% zu erreichen, ist allerdings mittlerweile schon wieder fragwürdig geworden.

Bundesminister Bahr ging bei der Eröffnungsveranstaltung „Brot für die Welt“ am 6. Oktober 1974 in Herne auf diese Problematik ein, als er erklärte, die Regierung habe im Interesse der Stabilität die staatlichen Ausgaben auf allen Gebieten gekürzt, und hinzufügte: „Die Entwicklungspolitik ist ein Gebiet, das eine überproportionale Steigerung der Staatsausgaben im nächsten Jahr vorsieht. Der Rang einer Aufgabe läßt sich nicht nur nach Ziffern bemessen; aber selbst diesen Maßstab braucht die Bundesregierung nicht zu scheuen.“ Diese „überproportionale Steigerung“ ist sicherlich zu begrüßen, bedeutet aber weder eine real spürbare Steigerung noch ein Einhalten früherer Versprechungen. Der Zwang der Anpassung an die Haushaltslage und der Abstimmung mit anderen Ressorts bleibt gerade im Bereich der staatlichen Entwicklungshilfe immer ein Risikofaktor.

Politiker appellieren an die Kirchen

Deshalb überrascht es keineswegs, daß sowohl im Memorandum der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur DAC-Jahresprüfung 1974 als auch in der bereits erwähnten Rede des zuständigen Ministers die Zuwendungen nicht-staatlicher Einrichtungen aus *Eigenmitteln* einen besonderen Platz eingeräumt bekamen. In dem Memorandum heißt es u. a., diese Zuwendungen hätten 1973 fast 420 Mio. DM betragen, was einem Anteil am Bruttosozialprodukt von 0,05% entspricht: „Die Aufbringung dieser Mittel beruht auf der Opferbereitschaft der privaten Organisationen und ihrer Mitglieder. Die Mittel werden ausschließlich Hilfszwecken zugeführt. In aller Regel werden Maßnahmen durchgeführt, deren Nutzen für das Empfängerland in keiner Weise hinter dem der öffentlichen Entwicklungshilfe zurücksteht. Wie die vergangenen Jahre gezeigt haben, fließt die Hilfe auch mit der erforderlichen Kontinuität.“ Zusammen mit dem Aufruf

von Minister Bahr in Herne („Meine Bitte hier und heute an die Kirchen ist: Kürzt nicht, sondern erhöht eure Ausgaben für die Entwicklungshilfe!“) ergibt sich ein ungefähres Bild von der Bedeutung, die die Regierung anscheinend gerade jetzt zum Zeitpunkt staatlicher Sparmaßnahmen der kirchlichen Entwicklungshilfe beimißt.

Diese offensichtliche und grundsätzlich zu begrüßende Zusammenarbeit von Kirche und Staat auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe sollte aber nicht zu einem Fortfall der kritischen Distanz sowie der Betonung von Eigenständigkeit, Unabhängigkeit und Besonderheit von Misereor führen. So ergibt sich allein schon aus der unterschiedlichen Bewertung der Welthandelskonferenz UNCTAD in Santiago de Chile (vgl. HK, Februar 1972, 63 ff.) die oftmals divergierende Interessenlage. Die dort von den Entwicklungsländern geforderten garantierten Rohstoffpreise und der dringend erwünschte Abbau der Zollschranken wurde von den Industrienationen als unannehmbar hingestellt. Misereor dagegen muß sich im Interesse seiner Partner dafür einsetzen, daß besonders die Zölle für weiterverarbeitete Produkte aus den Entwicklungsländern (diese Zölle sollen uns billige Rohstoffe und gleichzeitig durch die Verarbeitung hier Arbeitsplätze und größere Gewinne garantieren) herabgesetzt werden: „Mutet es doch geradezu widersinnig an, einerseits Entwicklungshilfe als Starthilfe zu geben und auf der anderen Seite den jungen Ländern den Zugang zu den großen Märkten zu verwehren“ (zit. nach Misereor-Jahresbericht 1973). Aus solchen unterschiedlichen Zielsetzungen und Ansichten ergeben sich naturgemäß immer wieder Konflikte, bei denen sich Unabhängigkeit dann bezahlt macht.

Der Hinweis auf die Kontinuität kirchlicher Hilfe entspricht bisher zumindest den Tatsachen. Bis zum heutigen Zeitpunkt hat sich der Spendeneingang sowohl bei „Brot für die Welt“ als auch bei „Misereor“ und dem „Schweizer Fastenopfer“ stetig erhöht. So stiegen z. B. die Spendeneinnahmen durch die Kollekten am Misereor-Sonntag von 1972 bis 1974 von 53,7 über 56,8 auf 59,0 Mio. DM und die Direktspenden an Misereor im gleichen Zeitraum von 5,3 über 6,6 auf 7 Mio. DM. In fast gleichem Maße stiegen die Zuwendungen aus kirchlichen Haushaltsmitteln und staatlichen Mitteln über die Zentralstelle für Entwicklungshilfe e. V. Misereor als größtes „privates“ Werk Europas für Entwicklungshilfe konnte im Jahre 1973 mit knapp 164 Mio. DM insgesamt 2175 Projekte fördern. Dabei wurde der Schwerpunkt auf die Hilfe an der Basis, auf die Direkthilfe für die Menschen besonders aus den unteren sozialen Schichten gelegt. Bei den Projekten selbst gilt nach wie vor der oberste Grundsatz, es soll eine Befähigung zur Selbsthilfe ermöglicht werden. Daran erklärt sich auch eine immer deutlicher sichtbar werdende Schwerpunktbildung im Bereich „Erwachsenenbildung, Alphabetisierung und Informationswesen“ (neben Gesundheitswesen und Landwirtschaft). Damit unterliegt man jedoch auch verstärkt der Gefahr, in seinem Auftrag

mißverstanden oder in extremen Fällen auch mißbraucht zu werden. Das Gesundheitswesen stellt vergleichsweise einen „harmlosen“ Bereich dar, während die Projekte im landwirtschaftlichen Gebiet bereits wieder wegen der oft damit verbundenen Landreformvorhaben „politischer“ Natur sind.

Dem vorliegenden Jahresbericht für 1973 ist im übrigen zu entnehmen, daß entgegen weitverbreiteter Auffassung von Spendenverschwendung durch Bürokratie und Verwaltung sämtliche Personalkosten für die 126 Mitarbeiter der Geschäftsstelle sowie die Ausgaben für Verwaltung, Projektabwicklung, -kontrolle und -prüfung sowie für Öffentlichkeitsarbeit, Werbung und Bildungsarbeit voll aus den Zinsen gedeckt werden. (Das gilt ebenso für „Brot für die Welt“.) Da weiterhin der überwiegende Anteil (rund 90 %) der Spenden aus der einmal jährlich (diesmal am 16. März) durchgeführten sonntäglichen Kollekte stammt, sind eigentlich die ca. 25 % der derzeit praktizierenden Katholiken die Zielgruppe, auf die man setzt und die bisher trotz andersgearteter öffentlicher Meinung Misereor nicht im Stich gelassen hat, was sicher auch ein Ergebnis der begleitenden Aufklärungs-, Informations- und Bewußtseinskampagne ist. Ähnlich sieht die Entwicklung bei „Brot für die Welt“

aus. Allein von der 14. zur 15. Aktion, d. h. von 1972/73 auf 1973/74 (die Sammlungen werden in der Weihnachtszeit durchgeführt), konnten die Spendeneingänge von 34,08 Mio. auf 41,63 Mio. DM gesteigert werden. Trotz mancher Unsicherheitsfaktoren für 1974/75 ist man optimistisch nicht zuletzt deshalb, weil man glaubt, das Krisenbewußtsein bei uns könnte auch das Verständnis für den viel schlechter gestellten Menschen in der Dritten Welt gestärkt haben.

Nach bisher vorliegenden Auswertungen der jüngsten Aktion, so wird seitens „Brot für die Welt“ festgestellt, wirkten sich die wirtschaftlichen Krisensymptome in den Pfarreien kaum aus. Nur Äthiopien erwies sich als nicht einkalkulierter Problemfall. Angesichts der Tatsache, daß Äthiopien im Rahmen der Sahelhilfe einen besonderen Schwerpunkt bildete, erregten Nachrichten über die Besitzverhältnisse des abgesetzten Kaisers besonderen Anstoß. Wenn momentan von den Kirchen die Hauptlast der Aufklärung getragen wird, wenn sie der allgemeinen Lethargie entgegenzuwirken versuchen und auf die sich noch verschlechternde Situation der Dritten Welt unermüdlich aufmerksam machen, so leisten sie zusätzlich zu der materiellen Hilfe einen Beitrag, der kaum zu messen ist, jedoch auch für den Staat unbedingt von Interesse sein dürfte.

Dokumentation

Christen und Juden

Richtlinien und Hinweise für die Durchführung der Konzilserklärung „Nostra Aetate“, Art. 4

Am 3. Januar 1975 wurde in Rom ein neues Dokument über das Verhältnis der Christen zu den Juden veröffentlicht. Der offizielle Titel „Richtlinien und Hinweise für die Durchführung der Konzilserklärung ‚Nostra aetate‘, Art. 4“ läßt Rang und Funktion der Dokumentation erkennen. Es enthält langerwartete Ausführungsbestimmungen zu dem Teil des Konzildekrets über die nichtchristlichen Religionen, der von dem Verhältnis zur „jüdischen Religion handelt“. Noch zutreffender ist wohl die von den Verantwortlichen ausgegebene Charakterisierung als „einleitendes Arbeitspapier“, dem detailliertere pastorale Anweisungen folgen können. Das von der erst im Oktober 1974 geschaffenen „Kommission für die religiösen Beziehungen zum Judentum“ (die vom Präsidenten des Einheitssekretariats, Kardinal Jan Willebrands, in Personalunion geleitet wird) verantwortete Dokument war in der Originalfassung französisch. Wir veröffentlichen hier den Wortlaut in der von der Kommission verbreiteten deutschen Fassung.

Die Erklärung des II. Vatikanischen Konzils „Über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen“ („Nostra Aetate“, Nr. 4) vom 26. Oktober 1965 bedeutet einen entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte der Beziehungen zwischen den Juden und den Katholiken.

Der historische Kontext, der die Initiative des Konzils dabei weitgehend bestimmt hat, war die Erinnerung an die Verfolgungen und die Massenhinrichtungen von Juden, die in Europa in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg und während des Krieges geschehen sind.

Obleich das Christentum innerhalb der jüdischen Religion entstanden ist und bestimmte Wesenselemente seines Glaubens und seines Kultes von ihr empfangen hat, ist die Kluft zwischen beiden immer tiefer und weiter geworden, bis hin zum völligen Verkennen des anderen auf beiden Seiten.

Nach zwei Jahrtausenden, die allzu oft durch gegenseitige Unkenntnis und offene Feindschaft geprägt waren, eröffnete die